

**bruno
manser
fonds**

fairness im tropenwald

tong tana

**Der Etikettenschwindel
mit nachhaltigem Palmöl**

Juli 2018

www.bmf.ch

Der Etikettenschwindel mit nachhaltigem Palmöl

Von Johanna Michel

Palmöl hat eine unglaubliche Karriere zurückgelegt und ist heute das meistproduzierte pflanzliche Öl der Welt. Es findet sich in Lebensmitteln, Agrotreibstoffen oder Kosmetika und lässt den Konsumentinnen und Konsumenten beim Einkauf kaum noch Alternativen: Kaum ein Praliné, das nicht mit Palmöl hergestellt wurde, kaum ein Babymilchpulver, in dem das Öl nicht zu finden ist. Doch was genau ist problematisch und wie sieht es eigentlich mit nachhaltigem Palmöl aus?

Die sogenannten «grünen Wüsten» stechen bereits beim Anflug auf den einst von Regenwald überdeckten malaysischen Bundesstaat Sarawak unmittelbar ins Auge. Ölpalmplantagen bedecken fast ein Fünftel von Malaysias Gesamtfläche und sind laut dem UN-Umweltprogramm die Hauptursache für die fortschreitende Regenwaldzerstörung. Täglich müssen 500 Fußballfelder Regenwald neuen Ölpalmplantagen weichen. Hinzu kommt der intensive Einsatz von Dünger und hoch gefährlichen Pestiziden. All dies schadet jedoch nicht nur der Biodiversität und Umwelt, sondern auch der Lokalbevölkerung, deren Landansprüche ignoriert werden.

Das Label RSPO (Roundtable on Sustainable Palm Oil / Runder Tisch für nachhaltiges Palmöl), das den nachhaltigen Anbau von Palmöl verspricht, müsste hier klar Gegensteuer geben. Es ist diesem Label jedoch in 15 Jahren nie gelungen, ökologische und soziale Nachhaltigkeit bei der Palmölproduktion sicherzustellen - weder Biodiversität noch Menschenrechte werden wirksam geschützt. Die Gründe hierfür sind vielfältig, lassen sich aber grob in zwei Kategorien unterteilen: Erstens die laxen Richtlinien und zweitens deren unzureichende Durchsetzung infolge mangelnder Kontrollen und unwirksamer Sanktionsmechanismen.

Die Richtlinien sehen zwar vor, dass weder Primärregenwälder noch besonders schützenswerte Wälder für den Anbau von Ölpalmplantagen zerstört werden dürfen, lassen aber die Zerstörung von wertvollen Sekundärregenwäldern zu. Sie empfehlen auch die Reduktion von Plantagen auf Torfmooren, verbieten die Zerstörung eines der weltweit wichtigsten CO²-Speichers jedoch nicht. Es wird zwar eine Reduktion von hochgiftigen Pestiziden gefordert, deren Gebrauch aber nicht verboten. Zudem ist auch auf zertifizierten Plantagen das Akkordlohnsystem üblich, welches die Plantagearbeiterinnen und -arbeiter nicht nach Zeit, sondern Leistung bezahlt. Darüber hinaus wird durch für eine einzelne Person nicht zu erreichende Leistungsziele die Kinderarbeit gefördert, da Kinder ihren Eltern zur Hand gehen müssen statt die Schule zu besuchen.



links: Arbeiter auf Palmölplantage
rechts oben: Palmöl Transport
rechts unten: Plantagen auf Kosten von Torfmoor

Diese bereits laxen Richtlinien können kaum durchgesetzt werden: Die Kontrollen der RSPO-zertifizierten Plantagen werden von den zu kontrollierenden Konzernen selbst bezahlt. Eine unabhängige Kontrolle ist nicht vorgesehen. Dass Angestellte einen Verstoss melden, dürfte der weiteren Laufbahn sicher nicht zuträglich sein, und der Anreiz, einen gefundenen Verstoss zu melden, ist somit nicht gegeben. Die existierenden Richtlinien greifen oft nicht, weil die Kontroll-, Beschwerde- und Sanktionsmechanismen des RSPO versagen. So geben die RSPO-Richtlinien beispielsweise vor, dass Ölpalmmfirmen die von den Plantagen betroffenen Gemeinden vorgängig konsultieren müssen. Der Anbau von Plantagen ohne vorgängige Konsultation der Betroffenen ist jedoch die Norm. Wehren sich die Gemeinden über den RSPO-Beschwerdemechanismus, können sie sich auf langjährige Verfahren einstellen, die selten Sanktionen zur Folge haben. Im Fall der malaysischen Palmölfirma IOI, einem Gründungsmitglied des RSPO, ist es dem Bruno Manser Fonds gemeinsam mit anderen NGOs gelungen, dass die Firma 5 Jahre nach der ersten Beschwerde aus dem RSPO ausgeschlossen wurde. Der Erfolg hielt jedoch nicht lange; bereits 5 Monate nach dem Ausschluss wurde IOI wiederaufgenommen. Dies hinterlässt berechnete Zweifel an der Funktionstüchtigkeit des Sanktionsmechanismus.

In erster Linie profitieren die Palmöl-Grosskonzerne vom RSPO: 90% der zertifizierten Anbaufläche befinden sich gemäss eigenen Angaben in ihrem Besitz; Kleinbetriebe machen hingegen lediglich

einen Anteil von 0.5% aus. RSPO dient somit eindeutig nicht den Kleinbäuerinnen und Kleinbauern.

Fehlende Richtlinien, keine unabhängigen Kontrollen, unzureichende Sanktionsmechanismen - trotzdem garantiere RSPO den Konsumierenden Nachhaltigkeit bei malaysischem Palmöl. Die Folgerung ist klar: RSPO ist ein Etikettenschwindel! ■

Die Schweiz steht in der Verantwortung

Von Annina Aeberli

Der stetig steigende Verbrauch von Palmöl in der Schweiz heizt die Zerstörung des Regenwalds in Südostasien kräftig an. 2017 importierte die Schweiz rund 30'000 Tonnen Palmöl, fast die Hälfte davon stammte aus Malaysia. Wenn wir nicht Gegensteuer geben, wird diese Menge in Zukunft weiter ansteigen. Die Zölle auf Palmöl stehen im Moment zur Diskussion: Die Schweiz und die übrigen EFTA-Staaten verhandeln mit Malaysia und Indonesien über ein Freihandelsabkommen. Malaysia fordert eine Reduktion der Zölle für Palmöl. Während heute das heimische Raps- und Sonnenblumenöl nur leicht teurer sind als Palmöl, würde ein Wegfall der Zölle dazu führen, dass Palmöl etwa dreimal günstiger wäre als einheimische Öle. Raps- und Sonnenblumenöl wären nicht mehr konkurrenzfähig und die Nachfrage nach Palmöl würde ansteigen. Dafür müssten in Malaysia weitere Regenwaldgebiete abgeholzt werden.

Bereits 2016 verlangte der Bruno Manser Fonds mit einer Petition, die von über 23'000 Personen unterzeichnet wurde, dass Palmöl aus den Verhandlungen um das Freihandelsabkommen ausgeschlossen würde. Seither wurden dazu verschiedene Vorstösse und Standesinitiativen lanciert. Im Februar hat sich der Nationalrat mit 140:35 Stimmen überraschend deutlich für unser Anliegen ausgesprochen. Voraussichtlich im Herbst wird nun der Ständerat darüber entscheiden. Der Bruno Manser Fonds wird sich mit anderen Organisationen der Palmöl-Koalition dafür einsetzen, dass auch der Ständerat sich im Rahmen des Freihandelsabkommens gegen einen Zollabbau auf Palmöl ausspricht.

Es ist Zeit, dass die Schweizer Politik Verantwortung übernimmt und die Schweiz einen Beitrag zum Schutz des Regenwaldes leistet. Unsere Politik und unser Konsum dürfen nicht mehr länger die Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen fördern. Wir müssen bewusster einkaufen und so die Nachfrage nach Palmöl verringern. Andernfalls wird unser Hunger nach Palmöl auch noch die letzten Wälder Südostasiens verschlingen.

«Der Ölpalmlantagenboom ist die zerstörerischste Entwicklung, die durch die Regierung in Sarawak gefördert wird.»

Interview: Johanna Michel

Tong Tana: Wie wurdest du zu einem Landrechtsaktivisten?

Nicholas Mujah: Das geschah aufgrund eines interessanten Vorfalls, der mir 1993 widerfuhr. Eines Morgens wurde ich in meinem damaligen Haus in Miri von der Polizei besucht und ins Revier abgeführt. Ich wurde 24 Stunden lang festgehalten, verhört und wegen Anstiftung der Lokalbevölkerung zur Verteidigung ihrer Landrechte angeklagt. Die Begründung war, dass ich fünf weisse Frauen nach Kuala Baram an die Mündung des Baram Flusses fuhr. Ich war zu diesem Zeitpunkt noch sehr grün hinter den Ohren, was Umwelt- und Menschenrechte anging und sah es als meine Pflicht an, die fünf Frauen an ihr Ziel zu bringen. Ich hatte keine Ahnung, wer die Frauen waren. Später erfuhr ich, dass sie sich an einen Frachtkahn angekettet hatten, der Tonnen von Stämmen transportieren sollte, um gegen die Abholzung des

Regenwalds zu demonstrieren. Dieser Vorfall hat mir die Augen geöffnet und mich dazu bewegt, mich dem Kampf anzuschliessen.

Vor zwei Jahren wurde Bill Kayong, ein Landrechtsaktivist, der sich gegen Palmölfirmen gewehrt hat, auf offener Strasse erschossen. Hast du keine Angst den Job zu machen, den du machst?

Sicherlich ist der Sicherheitsaspekt die grösste Sorge. Man ist sich natürlich bewusst, dass man es mit sehr reichen und mächtigen Akteuren zu tun hat und dass diese nicht davor zurückschrecken, Gangster anzuheuern, um ihre Interessen durchzusetzen. Meiner Meinung nach gibt es zwei Optionen: Entweder man verhält sich still und lässt es zu, dass Rechte beschnitten und missachtet werden, oder man vereint seine Kräfte und arbeitet mit anderen für eine gerechtere Welt.

Wieso ist Palmöl problematisch?

Der Ölpalmlantagenboom in Sarawak ist die zerstörerischste Entwicklung, die durch die aktuelle Regierungspolitik gefördert wird. Sie zerstört den Bezug der Indigenen zu ihrem Land, ihren Ressourcen und ihrer Lebensweise. Sie fördert Zwangsumsiedlung der Lokalbevölkerung - weg von ihrem ursprünglichen Land und Leben. Sogar wenn die Landrechte anerkannt werden, können Firmen den Gemeinden ihr Land nach geltender Rechtsordnung wieder wegnehmen, sofern sie diese mit einer symbolischen Kompensation entschädigen. Palmölfirmen respektieren die Landrechte der Lokalbevölkerung nicht und werden von der

Regierung dabei noch unterstützt. Zudem sind Gesundheitsprobleme ein verbreitetes Problem für Gemeinden in der Nähe von Ölpalmplantagen. Der Hauptgrund hierfür liegt im durch Pestizid verunreinigten Wasser.

Was tut SADIA dagegen?

Wir bieten betroffenen Gemeinden rechtliche Unterstützung und dokumentieren die Fakten und Beweise so, dass sie vor Gericht verwendet werden können. Wir helfen den Gemeinden bei der Kartierung ihres traditionellen Landes und bei der Suche nach Anwälten, die sie möglichst kostengünstig bei der Einreichung der Landrechtsklage unterstützen.

Was hältst du vom Runden Tisch für nachhaltiges Palmöl (RSPO)?

Systeme wie RSPO funktionieren bloss, wenn die Firmen ihre Praxis auch wirklich verbessern wollen. Das heisst, wenn sie die Konflikte mit der von den Plantagen betroffenen Lokalbevölkerung auch lösen wollen.

Wenn vor allem die grossen Firmen vom Palmöl profitieren. Wieso kam es eigentlich zu Protesten von Kleinbauern?

Die Proteste wurden durch die neu ins Leben gerufene Organisation der DOPPA (Dayak Palmölanbauer Organisation) angeführt, die angeblich indigene Bauern vertritt. Die Organisation besteht jedoch nicht aus der ländlichen Bevölkerung, sondern vielmehr aus Geschäftsleuten und solchen, die von den Regierungsprogrammen



Nicholas Mujah (57) ist selbständig erwerbender Sozialarbeiter und Generalsekretär der Indigenenorganisation SADIA (Sarawak Dayak Iban Association), die indigene Gemeinden im Kampf für ihre Landrechte in Sarawak unterstützt. Er ist Iban und lebt mit seiner Familie in der Nähe von Sarawaks Hauptstadt Kuching.

profitieren wollen. Das Projekt wird von der malaysischen Regierung subventioniert mit dem Ziel Ölpalmplantagen zu fördern. Ich war einmal an einem Treffen der DOPPA und hatte den Eindruck, dass es der Organisation nicht um die Bedürfnisse und Sorgen der Lokalbevölkerung geht, sondern einzig ums Geschäft. Als die Proteste wegen des Verbots von Palmöl in Agrotreibstoff stattfanden, erhöhte sich dieser Verdacht. Auf meine Frage, wieso sie protestierten, antworteten sie, dass sie mehr Geld in ihren Portemonnaies wollen.

Vielen Dank für das Interview und deinen Einsatz für die Rechte der Lokalbevölkerung! ■



oben: Lokalbevölkerung wehrt sich gegen Ölpalmsfirmen
unten: Palmölkoalition
Bild rechts: Arbeitersiedlung in Plantage



Kurznachrichten

Der Europäische Gerichtshof in Luxemburg verurteilt Abholzung des Bialowieza-Urwalds

Die Proteste von Umweltschützerinnen und -schützern gegen die Abholzung von Europas letztem Tiefland-Urwald haben sich gelohnt: Der Europäische Gerichtshof urteilte im April, dass Polen mit den ausgedehnten Abholzungen im Naturschutzgebiet Bialowieza gegen europäisches Recht verstossen habe. Damit stellt sich das höchste europäische Gericht hinter

die Umweltschützerinnen und -schützer, die seit letztem Sommer mit Blockaden versucht haben, die illegalen Abholzungen zu stoppen. Letzten Herbst überreichte der Bruno Manser Fonds (BMF) eine Petition mit knapp 10'000 Unterschriften für einen Stopp der Abholzung der polnischen Botschaft in Bern. Bereits Ende 2017 hatte das Gericht einen temporären Abholzungsstopp verfügt.

Historische Wahl: Malaysias Regierung strauchelt über 1MDB-Korruptionsaffäre

Ein politischer Erdbeben erschütterte Malaysia: 60 Jahre nach seiner Unabhängigkeit von der britischen Kolonialherrschaft leiten die Wählerinnen und Wähler erstmals in der Geschichte des Landes überhaupt einen demokratischen Regierungswechsel auf nationaler Ebene ein. Die sich aus vier Parteien zusammengesetzten Koalition Pakatan Harapan unter Führung des 92-jährigen Ex-Premiers Mahathir Mohamad, der früher selbst der bisherigen Regierungspartei UMNO (United Malays National Organisation) angehört hatte, setzte sich gegen die vom bisherigen Premierminister Najib Razak angeführte UMNO durch. Hauptgrund für den Wahlausgang war der Skandal um den malaysischen Staatsfonds 1MDB, der von Premier Najib und seinem Umfeld um mehrere Milliarden Dollar erleichtert worden war. Der BMF wird sich bei der neuen Regierung gemeinsam



mit seinen lokalen Partnerorganisationen für ein strenges Vorgehen gegen Korruption, für die Umwelt und für Indigenenrechte einsetzen.



Schweiz soll Malaysia 104 Millionen Franken Korruptionsgewinne zurückgeben

Der Bruno Manser Fonds und zwei malaysische NGOs sprachen sich im März im Bundeshaus für die Rückgabe von 104 Millionen Franken an die malaysische Bevölkerung aus. Sie reichten bei der Bundeskanzlei eine Petition mit 8039 Unterschriften zur Unter-

stützung ihrer Forderung ein. Das Geld wurde von der FINMA bei drei Schweizer Banken beschlagnahmt, die Geschäftsleuten aus dem Umfeld des eben abgewählten malaysischen Premierministers Najib Razak bei der Plünderung von Malaysias Staatsfonds 1MDB halfen. Gemäss Finanzminister Ueli Maurer soll das eingezogene Geld in die Schweizer Bundeskasse fließen, da für eine Restitution nach Malaysia die Rechtsgrundlage fehlt. Der neue malaysische Premierminister Mahathir hatte im Vorfeld der Wahlen angekündigt, im Falle seiner Wahl, das Geld von der Schweiz zurückzufordern.

Kanadisches Gericht lehnt Herausgabe von Finanzdaten der Taib-Familie ab

Im Februar reiste der BMF mit einer Delegation von Indigenen aus Sarawak nach Kanada zu einer Gerichtsverhandlung gegen die Familie von Taib Mahmud, des korrupten Gouverneurs von Sarawak. Der Bruno Manser Fonds verlangte Einsicht in Finanzun-

terlagen des Immobilienunternehmens Sakti, das für die Taib-Familie mutmasslich über 70 Millionen Dollar gewaschen hat. Das Gericht lehnte die Herausgabe der Daten ab, da sie einem privaten Kläger wie dem Bruno Manser Fonds nicht grössere Kompetenzen einräumen könne als der kanadischen Polizei.

Instandhaltung der Penan-Brücken

Der BMF hat im Penan-Gebiet bereits vier Hängebrücken realisiert. Christian Hügli, der Brückenbauer des BMF, war im März und April wieder in Sarawak unterwegs, um die Machbarkeit von zwei weiteren Brücken abzuklären. Ausserdem hat er den Zustand der bestehenden Brücken überprüft und sie auch gleich gewartet, um die Sicherheit zu gewährleisten. Nach dem erfolgreichen Abschluss der Wartungsarbeiten prüfte er ausserdem verschiedene Optionen zum Hochwasserschutz im Penan-Dorf Long Iman. Dieses Dorf kämpft als Folge der Abholzung mit regelmässigen Überflutungen.



Impressum

Tong Tana heisst «im Wald» in der Sprache der Penan-Urbevölkerung im Regenwald von Sarawak (Malaysia).

**Herausgeber: Bruno Manser Fonds
Verein für die Völker des Regenwaldes
Socinstrasse 37, CH-4051 Basel
Telefon +41 61 261 94 74
E-mail: info@bmf.ch
Internet: www.bmf.ch**

**Redaktion: Johanna Michel, Annina Aeberli,
Jonas Schälle
Bilder: BMF
Gestaltung: moxi ltd., Biel
Druck: Hertig+Co. AG, Lyss
Produktion und Versand:
Agentur für Sozialmarketing, Zürich
Gedruckt auf 100% Recyclingpapier**

**Für Spenden:
Postkonto 40-5899-8
IBAN CH32 0900 0000 4000 5899 8**